Stand: 20.05.2011

Landschaftsschutzgebiet „Ostfriesische Seemarschen zwischen Norden und Esens“

Begründung

Vorbemerkung

Die EU-Vogelschutzrichtlinie (Richtlinie 2009/147/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 30. November 2009 über die Erhaltung der wildlebenden Vogelarten“, Amtsblatt der Europäischen Union (ABl. L 20 vom 26.1.2010, S. 7) regelt den Schutz, die Nutzung und die Bewirtschaftung aller im Gebiet der Mitgliedstaaten einheimischen Vogelarten und verpflichtet die Mitgliedstaaten der EU, besondere Gebiete zum Schutz von Vögeln einzurichten und die nötigen Schutzmaßnahmen durchzuführen.

Nach Art. 1 Abs. 2 gilt die Richtlinie für Vögel, Eier, Nester und Lebensräume.

Die Mitgliedstaaten sind nach Art. 3 Abs. 2 V-RL verpflichtet, zur Erhaltung und Wiederherstellung der Lebensstätten und Lebensräume beizutragen, indem sie insbesondere folgende Maßnahmen ergreifen: Einrichtung von Schutzgebieten, Pflege und ökologisch richtige Gestaltung der Lebensräume in und außerhalb von Schutzgebieten, Wiederherstellung zerstörter Lebensstätten, Neuschaffung von Lebensstätten.

Nach aktueller Rechtsprechung sind die Mitgliedstaaten verpflichtet, die EU-Vogelschutzgebiete hoheitlich zu sichern und in einem für den Schutzzweck günstigen Zustand zu erhalten bzw. dahin zu entwickeln. Die hoheitliche Sicherung kann beispielsweise durch Landschafts- oder Naturschutzgebiete geschehen.

Zusätzlich können auch freiwillige Vereinbarungen (z.B. durch Vertragsnaturschutz) und administrative Regelungen (z.B. durch Selbstbindung bei staatseigenen Flächen oder durch Verwaltungsvorschriften) getroffen werden.

Auch wenn Verbesserungen dieses Zustands im Sinne des Naturschutzes ausdrücklich wünschenswert sind, verpflichtet die Vogelschutzrichtlinie den Mitgliedstaat (bzw. das Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) die Bundesländer) in erster Linie dazu, Verschlechterungen der Gebiete zu verhindern. Rechtmäßige Nutzungen und rechtsverbindlich zugelassene Vorhaben bleiben unberührt.

Neue Vorhaben (Projekte und Pläne) können in hoheitlich gesicherten Vogelschutzgebieten nach Maßgabe der Vorschriften über die Verträglichkeitsprüfung (Art. 6 Abs. 3 der FFH-Richtlinie bzw. § 34 Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG)) durchgeführt werden.

Das Land Niedersachsen hat das Gebiet „Norden-Esens“ als Vogelschutzgebiet „Ostfriesische Seemarschen zwischen Norden und Esens“ an die Europäische Kommission gemeldet. Das Gebiet liegt in den Landkreisen Wittmund und Aurich. Die beiden Landkreise sind überein gekommen, dass zur Umsetzung des erforderlichen Schutzes das Vogelschutzgebiet als Landschaftsschutzgebiet ausgewiesen werden soll. Allerdings muss jeder Landkreis für sich ein eigenes Verfahren für eine Unterschutzstellung durchführen.

Bis zum Erlass einer Verordnung, die das Vogelschutzgebiet als Landschaftsschutzgebiet sichert, ist das Gebiet als sog. „faktisches Vogelschutzgebiet“ zu behandeln. Ein faktisches Vogelschutzgebiet ist ein Gebiet, das nach ornithologischen Kriterien zur Ausweisung als Vogelschutzgebiet am geeignetsten erscheint, vom betreffenden Mitgliedstaat jedoch noch nicht unter hoheitlichen Schutz gestellt wurde.

In faktischen Vogelschutzgebieten gelten sehr viel strengere Vorschriften als in ausgewiesenen Vogelschutzgebieten. Rechtliche Grundlage ist Art. 4 der Vogelschutzrichtlinie, d. h. lediglich überragende Gemeinwohlbelange, wie Schutz des Lebens und der Gesundheit des Menschen oder Schutz der öffentlichen Sicherheit, können bestimmte Verbote aufheben. Wirtschaftliche Gesichtspunkte zählen nicht dazu. Das Schutzregime eines „faktischen Vogelschutzgebietes“ kann somit als sehr restriktiv bezeichnet werden.

Es liegt daher im Interesse der kommunalen Gebietskörperschaften, durch die Ausweisung von Landschaftsschutzgebieten zum einen den Anforderungen der EU-Vogelschutzrichtlinie nachzukommen, andererseits der ansässigen Bevölkerung Planungssicherheit zu ermöglichen.

Zu § 1: (Landschaftsschutzgebiet)

Lage und Größe des Landschaftsschutzgebietes werden textlich und durch die nach Absatz 3 zugehörigen Kartendarstellungen in den Maßstäben 1: 25.000 nebst den entsprechenden Detailkarten im Maßstab 1:10.000 näher dargestellt. Das vorhandene Landschaftsschutzgebiet Dammspolder, das in diesem Landschaftsschutzgebiet aufgeht, wird in den Karten schraffiert dargestellt.

Die Abgrenzung des Landschaftsschutzgebiets wurde auf der Grundlage des an die EU gemeldeten Vogelschutzgebiets überwiegend parzellenscharf konkretisiert, um eine eindeutige Handhabbarkeit der zukünftigen Verordnung zu ermöglichen. Aufgrund des verwendeten Maßstabs und der hieraus begründeten geringeren Detailschärfe verläuft die Abgrenzung des Vogelschutzgebietes jedoch nicht immer parzellenscharf. Aus Gründen der Rechtssicherheit hat der Landkreis die Grenzziehung entlang von Flurstücksgrenzen verlegt, so dass auch für die Eigentümer klare eindeutige Rechtsverhältnisse

entstehen. Dabei wurden aus oben genannten Gründen zumeist die angeschnittenen Flurstücke in das LSG aufgenommen; nur wenn aufgrund des Grenzverlaufes, der Lage des Flurstückes und der angrenzenden Nutzungen eine Aufnahme sehr kleiner Flächen nicht sinnvoll und nicht als vom Land gewollt angesehen werden konnte, wurde die Grenzziehung geringfügig verändert und das angeschnittene Flurstück nicht mit in das LSG aufgenommen.

Bebauungsplangebiete, Abgrenzungssatzungen gem. § 34 (4) des Baugesetzbuches (BauGB) sowie Ortslagen sind aus der Gebietskulisse herausgenommen worden und in den Gebietskarten auch entsprechend abgebildet. Es kann ausgeschlossen werden, dass sich die in den Siedlungsbereichen üblichen menschlichen Aktivitäten erheblich beeinträchtigend auf die Populationen der wertbestimmenden Vogelarten auswirken können.

Zu § 2: (Schutzgegenstand und Schutzzweck)

Der Schutzzweck orientiert sich an § 32 BNatSchG (Bundesnaturschutzgesetz vom 29. Juli 2009) in Verbindung mit § 25 NAGBNatSchG (Niedersächsisches Ausführungsgesetz zum Bundesnaturschutzgesetz vom 19. Februar 2010).

Das Land Niedersachsen hat die im Benehmen mit dem Bundesministerium ausgewählten Gebiete und von der EU bestätigten Gebiete nach den jeweiligen Erhaltungszielen zu geschützten Teilen von Natur und Landschaft im Sinne von § 20 BNatSchG zu erklären.

Wird dieser Weg nicht gewählt, so herrscht die strenge Veränderungssperre nach der Vogelschutzrichtlinie (Art. 4 Abs. 4, „faktisches Vogelschutzgebiet“, s.o.). Ein Wechsel des Schutzregimes zum Landschaftsschutzgebiet (§ 26 BNatSchG) bietet eine rechtsverbindliche und außenwirksame Erklärung gegenüber Dritten.

Die aufgestellte Schutzverordnung muss inhaltlich den europäischen Vorgaben zum Schutz der Vogelarten entsprechen.

Die Inhalte der LSG-Verordnung wirken verbindlich gegenüber dem Bürger, der nun – bezogen auf den Erhaltungszustand- eine Hilfe für die Verträglichkeit von Projekten oder Aktivitäten erhält. Nach § 34 BNatSchG ergeben sich die Maßstäbe für die Verträglichkeit aus dem Schutzzweck und den dazu erlassenen Vorschriften der Verordnung, wenn hierbei die jeweiligen Erhaltungsziele berücksichtigt wurden.

Der Absatz 2 gibt den allgemeinen Schutzzweck an, während die Absätze 5 und 6 die Erhaltungsziele konkretisieren.

Zu § 3: (Verbote)

Zu Abs. 1

In Landschaftsschutzgebietsverordnungen müssen alle Handlungen verboten werden, die zu einer Beeinträchtigung führen könnten. Nach § 26 Absatz 2 BNatSchG sind unter besonderer Berücksichtigung des § 5 Absatz 1 BNatSchG und nach Maßgabe näherer Bestimmungen alle Handlungen verboten, die dem Charakter des Gebietes oder dem besonderen Schutzzweck zuwiderlaufen. Die sogenannten generalklauselartigen Verbote dienen insbesondere dazu, nicht vorhersehbaren Handlungen entgegenzutreten.

In § 5 Absatz 1 BNatSchG ist die weitgefasste ordnungsgemäße Land- und Forstwirtschaft aufgeführt, die bei der Aufstellung von Verboten vor dem Hintergrund des besonderen Schutzzwecks zu berücksichtigen ist. Die Tätigkeiten der täglichen Wirtschaftsweisen nach der guten fachlichen Praxis sind keine Projekte nach § 34 BNatSchG, wenn sie keiner behördlichen Entscheidung oder Anzeige an eine Behörde bedürfen.

Vorhaben nach § 35 BauGB sind auf ihre Verträglichkeit gem. § 34 BNatSchG zu prüfen.

Besondere Handlungen, die dem besonderen Schutzzweck der Verordnung entgegenstehen, können untersagt werden. Dabei handelt es sich nicht allein um Handlungen, die das Landschaftsbild verändern könnten, sondern auch um Tätigkeiten, die sich negativ auf die erwähnten Vogelarten auswirken.

Dazu gehören z. B. Tätigkeiten, die sich nur in der freien Landschaft umsetzen lassen.

Ebenso sind Veränderungen zu untersagen, die optisch den Reiz dieser Landschaft und auch den Erhaltungszustand für die Vogelarten beeinträchtigen. Man spricht hier auch von einer Verunstaltung des Landschaftsbildes, die der Eigenart der typischen Marschenlandschaft abträglich ist.

zu Abs. 1 Ziffer 1, 6 und 22 (Bauverbot, Straßen)

Anlagen aller Art stellen immer eine Veränderung in dem betroffenen Landschaftsraum dar und können visuell als Fremdkörper wahrgenommen werden und als Störpotential für die Vogelarten fungieren. Deshalb sind Bauvorhaben im Landschaftsschutzgebiet grundsätzlich verboten. Grundsätzlich freigestellt sind Schilder, die am Ort der Leistung aufgestellt sind.

Ausnahmen von diesen absoluten Verboten sind in § 4 (Freistellungen) und § 5 (Befreiungen) geregelt.

Das Verbot gilt auch für die Errichtung von Windkraftanlagen, Biogasanlagen und Fotovoltaikanlagen. Diese baulichen Anlagen können ein wesentliches Störpotential für Brut- und Rastvögel darstellen. Für derartige Projekte sieht der Gesetzgeber nach § 34 BNatSchG (Bundesnaturschutzgesetz) in Verbindung mit § 26 NAGBNatSchG (Niedersächsisches Ausführungsgesetz zum Bundesnaturschutzgesetz) die Prüfung auf die Verträglichkeit mit den Erhaltungszielen vor. Die Maßstäbe für die Verträglichkeit ergeben sich aus dem Schutzzweck der Verordnung, aufgeführt in § 2 dieser Verordnung.

zu Ziffer 2, 8 (Campingverbot und andere Freizeit- Aktivitäten)

Zelte, Wohnwagen und Wohnmobile zum Übernachten in der freien Landschaft tragen zur Beunruhigung der Vogelarten bei und stören das Landschaftsbild. Modellflugzeuge und andere Flugobjekte verursachen oft Lärm und führen zur Beunruhigung der Vogelwelt und bodenbewohnender Tierarten.

Freizeitaktivitäten unterschiedlicher Art können nicht nur den Naturgenuss erheblich beeinträchtigen sondern auch die an die freie Landschaft gebundenen Vogelarten (s.a. § 2 dieser Verordnung) vergrämen.

zu Ziffer 3, 18 (Oberflächengestalt)

Das Relief der Landschaft ist neben der Nutzung ein wesentlicher Faktor für die Vielfalt an Lebensraumtypen, denn es ist die Voraussetzung für unterschiedliche Kleinklimate („Mikroklima“), Wasserverhältnisse (und damit z.B. die Stocheffähigkeit des Bodens) und die aus ihnen resultierenden, verschiedenen Biototypen. Damit hat es eine erhebliche Bedeutung für die genannten Vogelarten. Eine Veränderung durch Verfüllen von Gräben, Senken und Gräben kann zum Verlust von Lebensstätten führen und das Landschaftsbild negativ beeinflussen. Das Anlegen von dauerhaften Mieten führt zu einer vertikalen Störung und zieht saisonale Verkehrsbelastungen (Befüllen und Entnehmen) nach sich.

Ausgenommen davon ist die ordnungsgemäße Land- und Forstwirtschaft nach § 5 BNatSchG. Erntebedingtes Zwischenlagern von z. B. Rundballen ist freigestellt bis zum 30.10. eines jeden Jahres.

Zu Ziffer 4 (Dauergrünland)

Die Erhaltung von Dauergrünland ist nach § 5 Abs. 2 Satz 5 BNatSchG geregelt.

Der Umbruch auf Standorten mit einem hohen Wasserstand ist somit unzulässig. Eine umbruchlose Neueinsaat oder Reparatursaat ist zulässig.

Die Erhaltung von Dauergrünland mit alter Grünlandnarbe ist aus naturschutzfachlicher Sicht zwar wünschenswert, betrifft aber im VSG V 63 nur noch Fragmente, die über Maßnahmen des Vertragsnaturschutzes zu sichern und zu optimieren sind.

Die Verordnung (EG) Nr. 73/2009 verpflichtet die Mitgliedstaaten Dauergrünland zu erhalten.

Dauergrünlandumbruch unterliegt in Niedersachsen der Genehmigungspflicht (Verordnung zur Erhaltung von Dauergrünland). Der naturschutzfachliche Aspekt ist dabei nicht unbedingt ausschlaggebend.

Dauergrünland erfüllt beispielsweise wichtige Aufgaben beim Klimaschutz, indem es riesige Mengen an Kohlenstoffdioxid speichert. Beim Grünlandumbruch wird dieses freigesetzt und der Atmosphäre zugeführt. Aber auch für den Artenschutz, den Gewässer- und Bodenschutz ist Grünland von hoher Bedeutung, und es trägt zu einer attraktiven Kulturlandschaft bei. Dauergrünland spielt für die Biodiversität eine große Rolle.

Die Vollzugshinweise für Arten und Lebensraumtypen für das EU- Vogelschutzgebiet V 63 sind als Planungsgrundlage und zur Mittelanmeldung für Pflege- und Entwicklungsmaßnahmen anzuwenden. Spezielle Vorgaben zum absoluten Schutz des Dauergrünlandes sind nicht aufgeführt. Diese sind über vertragliche Vereinbarungen zu regeln oder durch spezielle Auflagen wie im Bereich Dammspolder.

Durch die Aufstellung der LSG- Verordnung ist der Umbruch und die Umnutzung von Dauergrünland sowie die zusätzliche Entwässerung dieser Biotoptypen nicht erlaubt.

Maßnahmen zur Umgestaltung der Dauergrünlandflächen können in begründeten Einzelfällen von der unteren Naturschutzbehörde zugelassen werden, vorausgesetzt die Erhaltungsziele werden nicht gefährdet.

zu Ziffer 5 (Oberirdische Leitungen)

Mit dem Leitungsbau können Beeinträchtigungen entstehen, die dem Schutzzweck entgegenstehen. So können sensible Rast- und Brutplätze oder auch Landschaftsteile in ihrer typischen Ausprägung betroffen sein. Nicht nur die Leitungstrasse kann eine Beeinträchtigung darstellen, auch die Umgebung und die Phase der Bautätigkeit ist zu berücksichtigen. Eine Prüfung auf die Schutzverträglichkeit ist deshalb notwendig.

Trifft nicht auf vorhandene Anlagen zu.

zu Ziffer 7 (Verkehr)

Motorbetriebene Fahrzeuge verursachen Lärm und führen zur Beunruhigung der Fauna.

Freigestellt sind die ordnungsgemäße Landwirtschaft und die ordnungsgemäße Gewässerunterhaltung und der Schutz des Deiches.

zu Ziffer 9, 10, 11, 17 (Gewässerschutz und Schilfbestände)

Gewässer, ihre Uferzonen sowie flächenhafte Schilfröhrichte erfüllen durch den unmittelbaren Wechsel verschiedener Teillebensräume wichtige Funktionen im Naturhaushalt. An diese Lebensräume angepasste Uferstauden und Wasserpflanzen bieten vielen Tierarten Nahrungs- Brut und Unterschlupfmöglichkeiten. Zusätzliche Gewässervertiefungen führen zu einer weiteren Absenkung des Feuchtegrades der Böden und belasten den Naturhaushalt vermehrt.

Vorhandene Gewässer sind zu erhalten und in ihrer Funktion für den Naturhaushalt zu optimieren.

Die Instandsetzung und Erneuerung vorhandener Draine und Gräben ist von diesem Verbot ausgenommen. Die Neuanlage von Gräben zur Entwässerung im Dauergrünland kann zu einer weiteren Verschlechterung der auf diese Biotopstrukturen angewiesenen Vogelarten führen.

Gemäß Wasserhaushaltsgesetz (WHG) und EU-Wasserrahmenrichtlinie (EG-WRRL) muss sich die Gewässerunterhaltung an den Bewirtschaftungszielen eines guten ökologischen und chemischen Zustands ausrichten und darf die Erreichung dieser Ziele nicht gefährden.

§ 39 Abs. 5 BNatSchG ist zu beachten. Danach dürfen Röhrichte in der Zeit vom 1. März bis zum 30. September nicht zurückgeschnitten werden; außerhalb dieser Zeiten dürfen Röhrichte nur in Abschnitten zurückgeschnitten werden.

zu Ziffer 12 u. 13 (Erstaufforstungen, Gehölzanpflanzungen)

Im Landschaftsschutzgebiet sind Wälder und größere Gehölzbestände nicht landschaftsbildprägend. Weihnachtsbaumkulturen, Kurzumtriebsplantagen (sog. „Energiewälder“), Feldgehölze und andere Gehölzanpflanzungen, passen sich nicht in das weithin offene Landschaftsbild der küstennahen Marsch ein. Vertikale Störfaktoren beeinflussen die in dieser Verordnung genannten Vogelarten erheblich, da sie die unmittelbare Nähe solcher Strukturen meiden.

Die Eingrünung hofnaher Gebäude oder die Einfassung vorhandener Siedlungen ist davon ausgenommen.

zu Ziffer 14 (Lärmverbot)

Lärm kann bereits in geringem Ausmaß den Lebensraum der hier rastenden und brütenden Vogelarten beeinträchtigen. Akustische Vergärmungsanlagen beeinträchtigen weite Bereiche und wirken unselektiv. Desgleichen fühlen sich erholungssuchende Menschen durch Lärm belastigt. Freizeitaktivitäten, die in die freie Landschaft drängen, sind hier kritisch zu sehen.

Ausnahmen für die ordnungsgemäße Landwirtschaft und andere notwendige Maßnahmen sind in den §§ 4 - 6 dieser Verordnung geregelt.

zu Ziffer 15 (Anleinzwang)

Entgegen § 33 des Niedersächsischen Gesetzes über den Wald und die Landschaftsordnung (NWaldLG,) wo in der Zeit vom 1. April bis zum 15. Juli (allgemeine Brut-, Setz- und Aufzuchtzeit) eine Anleinplicht für Hunde in der freien Landschaft besteht, wurde die Zeit zum Schutz der rastenden und überwinternden Vogelarten entsprechend geändert.

Bereits Mitte September ist mit rastenden Vogelarten in der offenen Feldflur zu rechnen. Frei laufende Hunde können zu nicht unerheblichen Störungen führen.

Ausgenommen von dem Verbot sind rechtmäßig eingesetzte und ausgebildete Gebrauchshunde (Jagdhunde) oder Hunde die im Zuge hoheitlicher Vollzugstätigkeiten eingesetzt werden (z. B. Polizei, Zoll).

Der Anleinzwang gilt nicht für Hunde innerhalb eingefriedeter Bereiche, z. B. Hofstellen.

zu Ziffer 16 (Flächennutzung)

Grundlage ist § 30 BNatSchG. Hier werden bestimmte Teile von Natur und Landschaft, die eine besondere Bedeutung als Biotop haben, gesetzlich geschützt. Besondere Bedeutung können auch ungenutzte Flächen haben, wenn sie nicht unter diese gesetzlichen Ansprüche fallen aber als Saum- und Verbindungselemente wichtige Funktionen übernehmen. Ungenutzte Flächen bieten vor allem Insekten und Kleinsäugetern Rückzugs- und Nahrungsgebiete während der Ernte- und Mahdzeiten.

Ausgenommen sind Flächen, die einer vertraglichen Laufzeit unterliegen. Hier kann nach Ablauf der Vertragslaufzeit die Wiederaufnahme einer ordnungsgemäßen Nutzung erfolgen.

zu Ziffer 19 (Veranstaltungen in der freien Landschaft)

Veranstaltungen unterschiedlicher Art können nicht nur Lärm verursachen sondern auch optische Störsignale aussenden und durch die damit verbundene Logistik auch Auswirkungen auf den Naturhaushalt verursachen.

Die Prüfung des Einzelfalls ist deshalb immer notwendig.

zu Ziffer 20 („Skybeamer“)

Licht beeinträchtigt nachziehende Vögel. Künstliche Lichtquellen wirken bei schlechten Sichtverhältnissen auf sie anziehend. Unter natürlichen Bedingungen sind Mond und Sterne die einzigen Lichtquellen. Künstliche Lichtquellen hingegen führen oftmals zu Orientierungsstörungen.

Zulässig sind lasergestützte Instrumente zur Vermessung oder Steuerung von Dränmaschinen.

zu Ziffer 21 (Beleuchtung, Lichtabstrahlung)

Insbesondere neuere landwirtschaftlich genutzte Gebäude (z.B. Ställe) und Hallen anderer Nutzung, deren Dächer und/ oder Giebel aus lichtdurchlässigen Platten bestehen, dominieren oftmals das nächtliche Landschaftsbild, denn die ungerichtete Beleuchtung (innen und außen) strahlt in alle Richtungen ab. Durch Lichtleiteinrichtungen oder eine entsprechende Platzierung der Lichtquellen auf den Arbeitsbereich kann die Lichtabstrahlung reduziert werden.

zu Ziffer 23 (jagdliche Einrichtungen, Wildäcker)

Eine Neuanlage jagdlicher Einrichtungen über das bestehende Maß hinaus und in nicht landschaftstypischer Weise ist nicht gestattet, da diese Lebensraum überprägen, das Landschaftsbild beeinträchtigen und die Nutzung der Einrichtungen den Schutzziele des Landschaftsschutzgebietes nach § 2 der Verordnung widersprechen kann.

Die Prüfung des Einzelfalls ist deshalb immer notwendig.

Die Anlage von Wildäckern und Wildäsungsflächen ist mit den Zielsetzungen für die Vogelarten abzustimmen, die Nutzungen dürfen dem Schutzzweck gem. § 2 dieser Verordnung nicht entgegenstehen.

zu Ziffer 24 (Dammspolder)

Hier handelt es sich um den Bereich des ehemaligen LSG- AUR 28. Die Marschbeetstruktur der Grünlandflächen und die lineare Parzellenentwässerung sind nicht nur landschaftlich prägende Merkmale sondern bieten auch zahlreichen Vogelarten Nahrungs- und Bruthabitate. Die Nutzungsaufgaben sind auf die Bedürfnisse der Vogelarten abgestimmt und müssen weiterhin gelten. Es handelt sich überwiegend um landeseigene Flächen, die mit Nutzungsaufgaben an Landwirte verpachtet sind.

zu Absatz 2 (allgemein)

Bei den unter Absatz 2 Ziffer 1- 24 aufgeführten Verboten kann es im Einzelfall zu Abweichungen kommen, die sich an anderen Bestimmungen orientieren oder die sich zum Zweck der Umsetzung von Maßnahmen zur Optimierung der Erhaltungsziele anbieten. Grundlage können Ergebnisse aus fortlaufenden Untersuchungen, wissenschaftlichen Erkenntnissen oder auch die Berücksichtigung neuer Förderprogramme sein.

zu § 4: (Freistellungen)

Bestimmte Handlungen und Nutzungen sind von den Regelungen der Verordnung freigestellt und bedürfen keiner naturschutzrechtlichen Befreiung.

Die Bestimmungen der Eingriffsregelung §§ 14 BNatSchG sowie die Verträglichkeitsprüfung nach § 34 BNatSchG bleiben hiervon unberührt.

zu Absatz 2 Nr. 1

Die Eigentümer oder Nutzungsberechtigten sowie deren Beauftragte erfahren keine Einschränkungen bei dem Betreten bzw. Befahren des Gebiets zur rechtmäßigen Nutzung oder Bewirtschaftung von Grundstücken. Die bei der „Gastvogelerfassung im EU-Vogelschutzgebiet V 63 'Ostfriesische Seemarschenen zwischen Norden und Esens'“ festgestellte Wertigkeit macht die Beibehaltung der bestehenden Einschränkungen für das Betreten dieses Bereiches erforderlich. Es ist davon auszugehen, dass diese Einschränkungen und die damit verbundenen geringen Störungen erst zu den hohen Wertigkeiten geführt haben.

zu Absatz 2 Nr. 2

Die Nutzung der Straßen und Wege und der für die Erholung vorgesehenen Flächen durch die Allgemeinheit wird nicht eingeschränkt. Diese Nutzungen werden bereits praktiziert und es ist nicht davon auszugehen, dass sie „den Charakter des Gebiets verändern oder dem besonderen Schutzzweck zuwiderlaufen“ (§ 26, Abs. 2 BNatSchG). Außerdem ist gem. § 59 BNatSchG das Betreten der freien Landschaft auf Straßen und Wegen zum Zweck der Erholung allen gestattet.

zu Absatz 2 Nr. 3 bis 5

Ein Betreten durch Bedienstete der Behörden sowie deren Beauftragte zur Erfüllung dienstlicher Aufgaben erfährt keine Einschränkung, da dies im öffentlichen Interesse liegt. Auch die Durchführung von Maßnahmen, für die eine gesetzliche Verpflichtung besteht sowie Maßnahmen im Rahmen der Verkehrssicherungspflicht, zur Unterhaltung von Wegen, Gewässern, rechtmäßig bestehenden Anlagen,

Leitungen und Einrichtungen zur öffentlichen Versorgung liegen im allgemeinen öffentlichen Interesse. Dies gilt auch für das Betreten des Gebiets zur wissenschaftlichen Forschung und Lehre sowie zur Information und Bildung. Durch die Abstimmung mit der zuständigen unteren Naturschutzbehörde ist gesichert, dass zum einen eine mit dem Schutzzweck vereinbarte Variante der Durchführung der Maßnahme gewählt wird, und zum anderen auch für die durchführende Stelle eine Sicherheit für die Rechtmäßigkeit der Maßnahme gegeben ist. Die Anzeige der Durchführung nicht näher definierter Maßnahmen anderer Behörden sowie Verkehrssicherungsmaßnahmen ist eine praxisnahe Lösung, mit der keine zu lange Vorlaufzeit verbunden ist und die dennoch ausreichend Zeit für gemeinsame Abstimmungen vor Ort einräumt. Die Freistellung ermöglicht ein sofortiges Handeln, wenn eine gegenwärtige erhebliche Gefahr abgewendet werden soll. Eine unverzügliche nachträgliche Information an die zuständige untere Naturschutzbehörde reicht in diesem Fall aus. So ist bei Gefahr im Verzuge ein sofortiges Handeln möglich.

zu Abs. 2 Nr. 6

In § 3 Abs. 2 Nr. 12 u. 13 der Verordnung ist es verboten, Gehölze außerhalb der Hof- und Siedlungsflächen anzupflanzen, die dazu geeignet sind, das offene Landschaftsbild zu überprägen. Mit dieser Freistellung soll eine eindeutige Handhabe für die Anlage von standorttypischen Gehölzbeständen geschaffen werden, die zur Eingrünung von landwirtschaftlichen Betrieben dienen. Die Platzierung dieser Gehölzflächen auf bzw. in unmittelbarer Nachbarschaft zur Hoffläche wird dabei vorausgesetzt.

zu Abs. 2 Nr. 7

Gem. § 3 Abs. 2 Nr. 16 der Verordnung ist die Nutzung von Flächen verboten, die zum Zeitpunkt des Inkrafttretens der Verordnung nicht landwirtschaftlich genutzt wurden. § 4 Abs. 2 Nr. 7 der Verordnung regelt die Wiederaufnahme der Bewirtschaftung von vorübergehend nicht genutzten Flächen, die z.B. an einem landwirtschaftlichen Extensivierungs- und Stilllegungsprogramm teilgenommen haben. Dies dient der Klarstellung der Rechtslage.

zu Abs. 3

Ein großer Teil des Vogelschutzgebiets ist auf eine landwirtschaftliche Nutzung angewiesen. Dabei sind die in § 5 Abs. 2 BNatSchG aufgeführten Anforderungen die sich aus anderen Fachgesetzen ergeben sowie die Grundsätze der guten fachlichen Praxis der landwirtschaftlichen Nutzung zu berücksichtigen, die auch für alle anderen landwirtschaftlich genutzten Flächen außerhalb des Landschaftsschutzgebiets gelten. Weitergehende Regelungen für die Nutzung von Flächen können durch angepasste Programme umgesetzt werden. Die von den Nutzern erbrachten Leistungen werden entsprechend honoriert (allg.

Vertragsnaturschutz). Auf die angebotenen Programme wird in regionalen Medien und von den Fachbehörden hingewiesen, vgl. auch Begründung zu § 7 Abs. 3 dieser Verordnung.

zu Abs. 4

Maßnahmen, die dem Schutz, der Erhaltung, der Pflege oder der Entwicklung des Landschaftsschutzgebietes dienen und mit der zuständigen Naturschutzbehörde abgestimmt bzw. von dieser angeordnet sind, bedürfen keiner Befreiung gem. § 5 dieser Verordnung und sind daher freigestellt. So sind bestimmte vertikale und lineare Landschaftselemente ab einer bestimmten Größe (Baumreihen, Feldgehölze) durch Beseitigungsverbot (Cross-Compliance) geschützt.

Hier kann es zur Erreichung der Schutzziele unter Umständen notwendig sein, derartige Strukturen aus der Landschaft zu entfernen.

zu Abs. 5

Die ordnungsgemäße Jagd bleibt unberührt, ebenso die zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Verordnung bestehenden jagdlichen Einrichtungen. Die Abstimmung mit der unteren Naturschutzbehörde soll sicherstellen, dass die Neuanlage von Wildäckern, Wildäsungsflächen, Futterplätzen und Hegebüschchen sowie allen jagdlichen Einrichtungen zu keiner Beeinträchtigung des Gebietes führen. Dies ist insbesondere vor dem Hintergrund des Artikels 3 Abs. 2 Buchstabe b der Richtlinie 2009/147/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 30. November 2009 über die Erhaltung der wildlebenden Vogelarten von besonderer Bedeutung. Zur Erhaltung und Wiederherstellung der Lebensstätten und Lebensräume gehören insbesondere auch die Pflege und ökologisch adäquate Gestaltung der Lebensräume in den Schutzgebieten. Durch eine entsprechende Platzierung von jagdlichen Einrichtungen und die Wahl von landschaftsangepassten Baustoffen und Bauweisen wird nicht nur die Wertigkeit der Lebensraumqualitäten für die naturraumtypischen Vogelarten gesichert, sondern es wird auch ein aktiver Schutz des Landschaftsbildes praktiziert. Als besonders sensibel ist das Landschaftsbild und die Leistungsfähigkeit des Naturhaushalts hinsichtlich der Anlage von Hegebüschchen einzustufen. In diesem Zusammenhang ist auch das Verbot des § 3 Abs. 2 Nr. 13 der Verordnung zu sehen (Verbot für die Anlage von Gehölzen in der freien Landschaft, die zu einer Überprägung des offenen Landschaftsbildes führen können). Da auch kleinflächige Gehölzbestände Habitate für verschiedene Prädatoren bieten, ist auch eine Beeinträchtigung der Funktion des Raumes als Brutgebiet für bodenbrütende Vogelarten damit verbunden. Die Einschränkung der Anlage von Wildäckern und -äsungsflächen soll dafür Sorge tragen, dass keine für die intensive landwirtschaftliche Nutzung unattraktiven Flächen in diesem Sinne umgenutzt werden. Hier ist auf § 5 der Verordnung hinzuweisen. So können bestimmte Maßnahmen, die dem Erhaltungsziel dienen oder bestimmten Vogelarten Vorteile bieten, nach Abstimmung mit der unteren Naturschutzbehörde umgesetzt werden.

zu Abs. 6

Durch das Niedersächsische Fischereirecht ist geregelt, dass auch die Fischerei auf die natürlichen Lebensgemeinschaften im Gewässer und an seinen Ufern, insbesondere auf seltene Pflanzen- und Tierarten, angemessen Rücksicht zu nehmen hat. In Abs. 6 wird auf die Qualitäten der Gewässer und auf die wertbestimmenden Arten hingewiesen. Gemäß des Niedersächsischen Fischereigesetzes gibt es die Möglichkeit, das Betreten oder die Benutzung bestimmter Grundstücke einzuschränken.

zu Abs. 7

Nach dem Niedersächsischem Deichgesetz ist den Deichen ein Deichschutzbereich von in der Regel 50 m binnendeichs zugeordnet. Aufgrund der hohen Bedeutung des Deichschutzes für die Sicherung des küstennahen Marschbereiches, muss in dieser sog. Deichschutzzone der Küstenschutz unter Berücksichtigung von § 34 BNatSchG in Verbindung mit § 26 NAGBNatSchG von den Verboten der Landschaftsschutzgebietsverordnung freigestellt werden.

zu § 5 (Befreiungen)

§ 5 der Verordnung regelt die Möglichkeit, eine Befreiung von den Verboten der LSG-Verordnung zu erteilen. Gem. § 67 BNatSchG kann auf Antrag eine Befreiung gewährt werden, wenn dies aus Gründen des überwiegenden öffentlichen Interesses, einschließlich solcher sozialer und wirtschaftlicher Art, notwendig ist oder die Durchführung der Vorschriften im Einzelfall zu einer unzumutbaren Belastung führen würde und die Abweichung mit den Belangen von Naturschutz und Landschaftspflege vereinbar ist.

Bei der Realisierung von Projekten und Plänen wird vorausgesetzt, dass diese nicht nur mit dem Schutzzweck der Verordnung vereinbar sind, sondern auch eine Verträglichkeit mit den Erhaltungszielen gegeben ist (Verträglichkeitsprüfung gem. § 34 Abs. 1 BNatSchG). Ergibt die Verträglichkeitsprüfung, dass es zu erheblichen Beeinträchtigungen des Gebiets in seinen für die Erhaltungsziele oder den Schutzzweck maßgeblichen Bestandteilen kommen kann, so darf es gem. § 34 Abs. 3 BNatSchG nur zugelassen werden, wenn es aus zwingenden Gründen des überwiegenden öffentlichen Interesses, einschließlich solcher sozialer oder wirtschaftlicher Art, notwendig ist und zumutbare Alternativen, den mit dem Projekt verfolgten Zweck an anderer Stelle ohne oder mit geringeren Beeinträchtigungen zu erreichen, nicht gegeben sind.

Bei der Zulassung eines solchen Projektes sind die zur Sicherung des Zusammenhangs des Netzes „Natura 2000“ notwendigen Maßnahmen gem. § 34 Abs. 5 BNatSchG vorzusehen.

zu § 6 (Hinweise)

zu Abs. 1

Der Hinweis zur Jagd- und Fischereiausübung dient der abschließenden Klarstellung der Rechtssituation. Sie werden nicht verboten, sondern erfahren lediglich Einschränkungen, durch die gezielt eine Vereinbarkeit mit dem Schutzzweck der Verordnung und eine Verträglichkeit mit den Erhaltungszielen und den in der Verordnung genannten Vogelarten erreicht werden soll.

zu Abs. 2

Bestehende behördliche Genehmigungen, Erlaubnisse oder sonstige Verwaltungsakte bleiben von den Schutzbestimmungen dieser Verordnung unberührt, um eine Rechtssicherheit zu gewährleisten. Eine Einschränkung besteht, wenn in den erteilten Genehmigungen, Erlaubnissen oder in den erlassenen Verwaltungsakten bereits andere Bestimmungen enthalten sind.

zu § 7 (Pflege- und Entwicklungsmaßnahmen, Vertragsnaturschutz)

zu Abs. 1

Gem. § 65 Abs. BNatSchG haben Eigentümer und sonstige Nutzungsberechtigte von Grundstücken Maßnahmen des Naturschutzes und der Landschaftspflege zu dulden, soweit dadurch die Nutzung des Grundstücks nicht unzumutbar beeinträchtigt wird. Bei der Wahl der Standorte von Beschilderungen wird dieser Grundsatz berücksichtigt. Die Standorte werden mit den Eigentümern abgestimmt.

zu Abs. 2

Gem. § 32 Abs. 5 BNatSchG können für Natura 2000-Gebiete Bewirtschaftungspläne selbständig oder als Bestandteil anderer Pläne aufgestellt werden. Durch das Aufstellen eines Pflege- und Entwicklungsplanes steht ein kompaktes Planwerk zur Verfügung, aus dem sich zielgerichtet sinnvolle und wirksame Maßnahmen zum Erreichen der gemäß Artikel 3 Abs. 2 Buchstaben b), c) und d) der Richtlinie 2009/147/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 30. November 2009 über die Erhaltung der wildlebenden Vogelarten ableiten lassen.

zu Absatz 3 (Vertragsnaturschutz)

Der Begriff Vertragsnaturschutz wird für EU- finanzierte Agrarumweltprogramme (auf der Grundlage der Artikel 22-24 der Verordnung (EG) Nr. 1257/1999) und den länderspezifischen Programmen (Kooperationsprogramm Naturschutz) als Oberbegriff gewählt. Daneben kann es vertragliche Vereinbarungen geben, die aufgrund von Kompensationsverpflichtungen, Sponsoring oder anderen Gründen abgeschlossen werden können.

Eine nachhaltige Umsetzung zur Bewahrung, Wiederherstellung und Entwicklung von Natura 2000- Gebieten kann zwar nicht allein durch Vertragsnaturschutz geleistet werden, gleichwohl hat der Gesetzgeber in § 3 Absatz 3 des Bundesnaturschutzgesetzes (BNatSchG) den gesetzlichen Rahmen für den Vertragsnaturschutz festgelegt.

Geeignete Maßnahmen können durch EU- Förderung (ELER) kofinanziert und mit Landesmitteln umgesetzt werden. Dabei wird derzeit eine Mindestlaufzeit von 5 Jahren vorausgesetzt. Die Maßstäbe müssen über die im BNatSchG beschriebene gute fachliche Praxis sowie über die Bestimmungen in Cross-Compliance hinausgehen.

Werden EU- Mittel eingesetzt, muss das Land ein geeignetes Programm auflegen. Es können auch Programme aufgestellt werden, die sich aus Naturschutz- und Landwirtschaftsmitteln zusammensetzen (Baukastensystem). Hierbei handelt es sich um sogenannte Kooperationsprogramme.

Die Vertragsvarianten werden entsprechend der vorhandenen Landesmittel mit festgelegten Laufzeiten angeboten. Derzeit beträgt die Vertragslaufzeit der angebotenen Programme 5 Jahre. Zur Teilnahme sind Bagatellgrenzen festgelegt, die sich an einer bestimmten Flächengröße oder einem Mindestförderbeitrag orientieren.

Entsprechende Förderanträge werden im Vorfeld auf ihre Praxistauglichkeit geprüft und unterliegen während der Förderperiode einer Überprüfung hinsichtlich Zweckmäßigkeit. Da es sich bei den Natura 2000- Gebieten um regional abgegrenzte Schutzgebiete handelt, ist eine flexible Anpassung der angebotenen Maßnahmen an die lokalen Bedingungen wichtig. Änderungen werden in Zusammenarbeit mit den Nutzern erarbeitet. Dazu wurden bereits Arbeitskreise in den verschiedenen Vogelschutzgebieten gebildet, die sich mit der kooperativen Strategie des Agrar-Naturschutzes auseinandersetzen, Konzepte ausarbeiten und Änderungen einbringen.

Die Teilnahme an den Agrarumwelt- und Naturschutzprogrammen geschieht auf freiwilliger Basis. Über entsprechende Förderanträge oder Projekte wird aktuell in den örtlichen Medien und den speziellen Informationsblättern und Foren der Landwirtschaft informiert.

Neben den vom Land Niedersachsen aufgelegten Programmen besteht die Möglichkeit, durch andere Vertragsformen und Vertragspartner Schutzziele in Abstimmung mit der unteren Naturschutzbehörde umzusetzen. Grundlagen für die Ausgestaltung der Verträge ergeben sich aus den Erhaltungszielen für das Vogelschutzgebiet.

zu § 8 (Fachgremium)

Zu den Aufgaben des Fachgremiums gehört es unter anderem, die Untere Naturschutzbehörde zu beraten und Projekte zur Umsetzung der vom Gesetzgeber geforderten Erhaltungsziele des Vogelschutzgebietes zu entwickeln.

Die dazu erforderliche Sachkompetenz und die Mitwirkungsbereitschaft der Akteure aus der Landwirtschaft und den Naturschutzvereinigungen soll gemeinsam mit der Naturschutzverwaltung die Akzeptanz für das Gebiet fördern und zur Vermeidung von Konflikten unterschiedlicher Interessengruppen beitragen.

Dazu sind mindestens zwei Treffen jährlich zu veranschlagen, nach Bedarf auch häufiger. Wichtig ist das gemeinsame Interesse an einer auf fachlicher Ebene geführten Kommunikation um eine Optimierung von Verwaltungsaufgaben oder das Ausnutzen von finanziellen Möglichkeiten zu erreichen.

Das Fachgremium wird durch die zuständige Naturschutzbehörde zu ihren Sitzungen mit einer Frist von jeweils 3 Wochen eingeladen. Die Sitzungen sind nicht öffentlich.

zu § 9 (Verstöße)

zu Abs. 1 bis 3

Die gesetzlichen Grundlagen sind im Wortlaut des Verordnungsentwurf enthalten.

zu § 10 (Inkrafttreten)

Dient der Klarstellung des Zeitpunktes des Inkrafttretens und des offiziellen Ortes der Verkündung und setzt die bisher gültige Landschaftsschutzgebietsverordnung des bisher ausgewiesenen Schutzgebiets im Geltungsbereich des Vogelschutzgebiets V 63 außer Kraft. Weitere gesetzliche Schutzkategorien, vor allem nach § 22 Abs. 3 und 4 des Gesetzes zur Neuregelung des Naturschutzrechts vom 19. Februar 2010, Artikel 1 „Niedersächsisches Ausführungsgesetz zum Bundesnaturschutzgesetz (NAGBNatSchG)“ bleiben unberührt.